

/// Einführung

1.700 JAHRE JÜDISCHES LEBEN IN DEUTSCHLAND

PHILIPP W. HILDMANN /// Mitten auf Straßen und Plätzen wird Juden der Tod gewünscht. Auf Plakaten und Transparenten. Von Sprechchören skandiert, gebrüllt. Vor Rathäusern, Parlamenten, Synagogen. Von Frauen, Männern, Jugendlichen aus allen gesellschaftlichen Schichten, mit und ohne Migrationshintergrund. Nicht 1938 oder 1942 im Deutschen Reich, sondern 2021 in der Bundesrepublik Deutschland. In einem Jahr, in dem wir vom Alpenrand bis zur Ostsee eigentlich dankbar daran erinnern, dass Juden nachweislich seit 1.700 Jahren ein untrennbarer und prägender Teil unseres Landes sind.

Leider war der blanke Antisemitismus, der sich rund um den al-Quds-Tag Mitte Mai dieses Jahres in blindem Hass und schäumender Wut gleich in mehreren deutschen Städten bei Demonstrationen und Ausschreitungen gegenüber Juden so medienwirksam entlud, kein singuläres Ereignis. Repräsentative Studien bescheinigen heute bis zu einem Viertel unserer Bevölkerung antisemitische Einstellungen.

Sie begegnen uns in Form des nicht selten offen rassistischen Antisemitismus etwa der Neonazi-Szene, der zunehmend

auch in den Reihen der „Neuen Rechten“ und ihrem parlamentarischen Arm, der AfD, Einzug hält. Einer großen Beliebtheit erfreut sich in diesen Kreisen unter anderem der Ruf nach einem Schluss-

Antisemitische Einstellungen
NEHMEN ZU.



Quelle: iStock.com/yogitimogi

Dieses Jahr feiern wir 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland – ein Jubiläum, über dem auch Wolken aufziehen.

strich unter den sogenannten „Schuld-
kult“ – die nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden seien doch längst zur Genüge aufgearbeitet worden. Diese Erinnerungs- und Schuldabwehr des Post-Holocaust-Antisemitismus findet wiederum ihren Ausdruck in der Relativierung der Shoah, der NS-Verbrechen und der deutschen Täterschaft. Einen nicht unwesentlichen Beitrag leisten hier Aussagen führender AfD-Funktionäre, wenn sie sich wie Alexander Gauland zu der Behauptung versteigen, „Hitler und die Nazis“ seien „nur ein Vogelschiss in unserer über 1.000-jährigen Geschichte“ gewesen, oder wie Björn Höcke eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ fordern.

Antisemitismus begegnet uns aber auch im linken Spektrum, das eine ausgeprägte Anfälligkeit für antisemitische Weltdeutungen aufweist. Gerade unter

dem Dach linker Kritik an einer neoliberalen Globalisierung öffnet sich eine große Bandbreite verschwörungsideologischer Denkens, antisemitischer Narrative und Stereotypen. Ihre dominanteste Ausprägung finden sie aktuell im Tarnmantel der „Israelkritik“. In dieser weit verbreiteten Variante des Judenhasses verbinden sich unverhältnismäßige Kritik am Staat Israel, Täter-Opfer-Umkehr, Relativierung der Shoah und unverhohlener Antisemitismus zu einer toxischen Mischung. Über diesen perfiden Weg einer Umweg-Kommunikation scheint es diesen Personen heute wieder möglich, Juden als vermeintliche Repräsentanten Israels verantwortlich zu machen, zu kritisieren und sie zu einer Rechtfertigung der Politik Israels zu nötigen, ohne sich selber offen als antisemitisch zeigen zu müssen. Dementsprechend sah man führende Re-

präsentanten der Partei Die Linke noch vor wenigen Jahren in vorderster Reihe an den al-Quds-Märschen teilnehmen, während um sie herum „Hamis, Hamis, Juden ins Gas“ skandiert wurde.

ANTISEMITISMUS findet im rechten wie im linken Spektrum statt.

Als relativ junges Phänomen begegnet uns in Deutschland des Weiteren ein insbesondere von muslimischen Einwanderern mitgebrachter islamischer bzw. islamistischer Antisemitismus. Dieser geht bis auf den islamischen Antijudaismus des 7. und 8. Jahrhunderts zurück. Seit der Gründung des Staates Israel und der Niederlage der arabischen Staaten im Unabhängigkeitskrieg von 1948 speist er sich aber überwiegend aus der reichlich sprudelnden Quelle des Nahost-Konflikts. Mit dem Anwachsen der muslimischen Bevölkerung in Deutschland wuchs in den vergangenen Jahrzehnten auch der Anteil von Menschen, die aus kulturellen Kontexten stammen, in denen der Hass auf Juden ein fester Bestandteil ist. Aber erst als Muslime zu Beginn der 2000er-Jahre in einigen europäischen Ländern erstmals als Tätergruppe antisemitischer Übergriffe für größere Kreise sichtbar in Erscheinung traten, begann diese Gefahrenquelle als eine solche langsam auch bei uns an Konturen zu gewinnen.

Schließlich ist auch die gesellschaftliche Mitte nicht vor dem Gift des Antisemitismus gefeit. Sie hatte über Jahr-

zehnte hinweg eine gewisse Scheu an den Tag gelegt, mit diesem Thema in Verbindung gebracht zu werden. Jetzt ist der Antisemitismus auch in diesen Kreisen seit einigen Jahren wieder öffentlich auf dem Vormarsch. Die Meinungsbrücken zwischen extremistischen Rändern und politischer Mitte sind zahlreicher geworden. Themen, die uns bisher eher in Randbereichen begegnet sind, schieben sich nun zunehmend auch in die gesellschaftliche Mitte. Flankiert wird dieser Prozess durch einen Anstieg des antisemitischen Grundwasserspiegels bei der Nutzung Sozialer Medien. Die quantitative, aber auch qualitative Zunahme antisemitischer Beiträge und Kommentare „im Netz“ ist der sichtbarste Ausdruck dafür und befeuert hierzulande wie weltweit Verschwörungsglauben und Hass.

Bei Worten allein bleibt es dabei nicht. Die Zahl antisemitischer Straftaten steigt in Deutschland und auch in Bayern kontinuierlich. 2020 erreichten die Zahlen in Deutschland mit über 2.300 Delikten den höchsten Wert seit Beginn der statistischen Aufzeichnungen vor etwa 20 Jahren. Dies bedeutete einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um rund 16 %. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Die Tendenz ist weiter steigend. Der Weg vom Sagbaren über das Unsägliche zum Machbaren ist im achten Jahrzehnt nach dem namenlosen Zivilisationsbruch der Shoah wieder erschreckend kurz geworden.

In all diesen Entwicklungen ist politische Bildungsarbeit zentral gefordert. Antisemitismus ist nicht nur eine physische Gefahr für die jüdischen Gemeinden und ihre Mitglieder hierzulande. Er ist auch Symptom und Teil einer existenziellen Krise der Demokratie, richtet er sich im Kern doch gegen die offene Ge-

sellschaft insgesamt. „Wir dürfen antisemitisches Denken, Reden und Handeln weder im Netz noch im Alltag, weder digital noch analog dulden.“ Dieser Aufforderung von Ludwig Spaenle (CSU), dem Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, schließt sich die Hanns-Seidel-Stiftung nachdrücklich an.

Antisemitisches Denken, Reden und Handeln dürfen **NICHT** geduldet werden.

Ihrem Auftrag gemäß konzentriert sie sich dabei primär auf die Analyse-, Präventions-, Netzwerk- und Bildungsarbeit. Diesem Ansatz ist auch der vorliegende Schwerpunkt gewidmet:

Mit Mirjam Zadoff, der Leiterin des NS-Dokumentationszentrums München, gehen wir der Frage nach, wie man heute an die Zigtausenden erinnern kann, die grundlos aus der Gemeinschaft der deutschen Nation, die sie über Generationen hinweg mitgeprägt hatten, ausgeschlossen worden waren. Und ihre Auffassungen lassen evident werden, wie unerlässlich diese Erinnerung ist, um auch in der Gegenwart einer schleichenden Radikalisierung unserer toleranten Gesellschaft etwas entgegenzusetzen. Katharina von Schnurbein, die Antisemitismusbeauftragte der EU-Kommission, unterstreicht, dass der Kampf gegen Antisemitismus mit der Anerkennung aller seiner zeitgenössischen Formen begin-

nen muss. Und sie wirft aus aktuellem Anlass einen intensiven Blick auf den israelbezogenen Antisemitismus, dem europäische Juden heute am häufigsten begegnen, sowie auf die Strategien der Europäischen Union gegen antisemitischen Hass im Internet.

Das zu Beginn erwähnte Jubiläumsgeschäft greift schließlich Andrea Löw noch einmal auf, die Stellvertretende Leiterin des Instituts für Zeitgeschichte. Sie nimmt uns hinein in das aktuelle jüdische Leben in Deutschland mit seiner bunten und bereichernden Vielfalt – mit seiner wieder wachsenden Angefochtenheit, seiner Fragilität und seinem Bedrohtheitsgefühl. Judentum in Deutschland, so ihre wachrüttelnde Diagnose, sei heute Religionsausübung im Belagerungszustand. Gemeinsam mit den anderen Autorinnen verweist sie auf die Zunahme antisemitischer Äußerungen und Straftaten im Kontext der Corona-Pandemie und unterstreicht noch einmal deutlich, dass sich Antisemitismus zum einen zwar direkt gegen Juden richtet, zum anderen aber auch eine fundamentale Bedrohung unserer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft insgesamt darstellt. Dementsprechend sind wir auch alle gemeinsam herausgefordert. ///



Quelle: ELKB.Rost

/// DR. PHILIPP W. HILDMANN

ist Leiter des Kompetenzzentrums Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Interkultureller Dialog / Planungsstab, Hanns-Seidel-Stiftung, München.